

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
Günstigere Strompreise durch Strukturmaßnahmen nachhaltig absichern**

Gemäß § 25 Abs. 7 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen zu ergreifen, um die Netz- bzw. Energiekosten in Oberösterreich strukturell dämpfen:

1. Die Bemühungen der Bundesregierung aktiv zu unterstützen, die Zahl öffentlicher Stromnetzbetreiber und damit die strukturellen Netzkosten zu reduzieren.
2. Als Eigentümerverspreterin der Energie AG bzw. Netz Oberösterreich GmbH unter Beiziehung der betroffenen Unternehmen sowie von Expert:innen zu erheben, welche Synergiepotenziale zwischen Energie AG bzw. Netz OÖ GmbH, der Linz Netz GmbH und weiteren Netzbetreibern in Oberösterreich bestehen, weitere Schritte zu erarbeiten und anschließend dem Landtag darüber zu berichten.
3. Sich aktiv für die Auflösung der Kreuzbeteiligungen österreichischer EVU einzusetzen und Schritte zu setzen, um Kreuzbeteiligungen der landeseigenen Energie AG bzw. Beteiligungen öffentlicher EVU an der Energie AG zu reduzieren und letztendlich aufzulösen.
4. Die Voraussetzungen für eine besser integrierte Energieinfrastrukturplanung in ganz Oberösterreich unter Einbeziehung von Expert:innen und betroffenen Gesellschaften zu erheben und dem Landtag über Handlungsfelder und nötige Maßnahmen zu berichten.

Begründung

Sämtliche Prognosen deuten darauf hin, dass die Strompreise im Jahr 2025 weiter ansteigen werden. Bereits jetzt fühlen sich viele Oberösterreicher:innen durch hohe Energiekosten belastet und erwarten sich von der Politik nachhaltige Lösungen für ein leistbares Leben. Für

den heimischen Industriestandort wiederum sind hohe Energiepreise, insbesondere auch der Strompreis, ein wesentlicher negativer Wettbewerbsfaktor.

Im Zusammenspiel mit enormen Lohnstückkosten und hoher Bürokratiebelastung bringt er die Stabilität und Sicherheit unseres Wirtschaftsstandortes ins Wanken. Anfang 2025 machten die Netzkosten ein Drittel des Strompreises aus, mittlerweile stieg der Anteil am Gesamtpreis inklusive Steuern und Abgaben auf rund 50%. Das müsste so nicht sein. Denn neben notwendigen Gründen wie dem Ausbau heimischer, erneuerbarer Energien und den Ausbau des Energienetzes, leicht erkennbaren Gründen wie der hohen Steuer- und Abgabenlast treiben auch unnötige und behebbare Gründe die Strompreise für Österreichs Bevölkerung.

Zersplitterung der Netzbetreiber in zahlreiche größere und kleinere öffentliche Gesellschaften: Allein in Oberösterreich arbeiten 18 Netzbetreiber. Der wesentliche Marktanteil entfällt auf jene in öffentlicher Hand: Netz OÖ, Linz Netz, Energie Ried, Elektrizitätswerk Perg, in geringen Anteilen sogar Salzburg Netz und Netz NÖ. Österreichweit ist der Betrieb des Energienetzes auf 114 Strom- und 19 Gas-Netzbetreiber zersplittert, davon 75 Stromnetzbetreiber in öffentlicher Hand. Jede dieser Gesellschaften unterhält eine eigene Organisation und Verwaltung (Overhead), kauft separat ein, plant und baut für sich, überblickt das eigene Einzugsgebiet. Eine Zusammenlegung dieser vielen einzelnen Netzbetreiber in einige wenige würde die Netzkosten wesentlich dämpfen. Overheadkosten reduzieren, Synergien nutzen, bessere Einkaufsbedingungen erzielen und vorausschauend integriert zu planen würde dadurch ermöglicht bzw. erleichtert. Nicht zuletzt Bundeskanzler Stocker unterstrich in seinem ORF-Sommergespräch die Notwendigkeit eines solchen Schrittes und kündigte entsprechende Bemühungen der Bundesregierung an.

Kaum vorhandener Wettbewerb zwischen den Energielieferanten und Kreuzbeteiligungen: Wie die E-Control kritisch aufzeigt, konkurrieren die öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) wie beispielsweise Energie AG (OÖ), EVN AG (NÖ) oder Salzburg AG nicht miteinander. Da Österreichs Strommarkt von EVU dominiert ist, gibt es faktisch kaum Wettbewerb – zum Nachteil der Kundinnen und Kunden, zum Vorteil des Geschäfts der EVU und der Landesbudgets. Kreuzbeteiligungen der EVU untereinander verstärken dieses Wettbewerbshindernis.

Mangelnde integrierte Planung von (Energie-)Infrastruktur: Der Ausbau zentraler Infrastruktur erfolgt weiterhin stark fragmentiert. Netzbetreiber, Gebietskörperschaften, Kommunikationsanbieter und Energielieferanten agieren überwiegend getrennt. Dies führt zu Doppelarbeiten, ineffizientem Ressourceneinsatz und höheren Kosten und erschwert die Abstimmung zwischen Strom-, Gas- und Telekommunikationsnetzen sowie mit der lokalen Infrastruktur. Bisher existieren nur vereinzelte Ansätze zur besseren Abstimmung, eine flächendeckende

Umsetzung fehlt. Auf Bundesebene adressiert das Regierungsprogramm 2025–29 dieses Problem mittels Infrastrukturplanung für mehr Systemeffizienz

Linz, am 23. September 2025

(Anm.: NEOS-Fraktion)
Eypeltauer, Bammer